

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Alexander Flierl

Abg. Herbert Woerlein

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Benno Zierer

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Ruth Müller
(SPD)**

Aktionsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen - unsere Tierheime nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken (Drs. 17/20700)

Dazu habe ich schon den Antrag der SPD-Fraktion auf namentliche Abstimmung angekündigt.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Als Erster darf ich Frau Kollegin Biedefeld für die SPD-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Susann Biedefeld (SPD): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister! Nach so vielen Gemeinsamkeiten bei den letzten Tagesordnungspunkten würden sich viele Tausende Tierschützerinnen und Tierschützer, Tierfreundinnen und Tierfreunde freuen, wenn es bei diesem Tagesordnungspunkt mit der großen Gemeinsamkeit und einem einstimmigen Beschluss genauso weitergehen würde. Darüber wäre die Freude sehr groß. Das würde auch nicht ganz so viel kosten wie das Universitätsklinikum Augsburg. Unser Antrag hält sich in Grenzen. Wir waren immer sehr maßvoll bei unseren finanziellen Forderungen zur Förderung des Tierschutzes in Bayern.

Wir fordern in diesem Antrag die umgehende Erarbeitung eines Aktionsplans zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern und haben dazu einzelne Punkte aufgeführt. Der Freistaat Bayern muss endlich den Tierheimen und Tierschutzvereinen unter die Arme greifen. Tierschutz darf für die Staatsregierung und für die CSU-Mehrheitsfraktion nicht länger ein Fremdwort sein; etwas anderes ist er nämlich derzeit nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jedes dritte Tierheim steht vor der Insolvenz. Der Kollege Flierl sagt immer: Nennen Sie mir einmal solche Tierheime. Wir können gerne gemeinsam eine Tour machen. Dann fahren wir in die Oberpfalz und fangen zum Beispiel einmal in Amberg an. Dort würden sie sich über ein bisschen Investitionszuschuss freuen, weil ein enormer Investitionsrückstau da ist. Da schlägt ein Transport mit über 6.000 Tieren in Amberg auf. Ich war kurz nach diesem Aufgriff in Amberg im Tierheim. Ich kann Ihnen viele solcher Tierheime zeigen, die für Investitionskostenzuschüsse dankbar wären. Jedes dritte Tierheim steht vor der Insolvenz, und der Freistaat Bayern kann es sich eigentlich gar nicht leisten, dass Tierheime insolvent werden. Tierheime übernehmen öffentliche Aufgaben und ersparen durch enormes ehrenamtliches Engagement der öffentlichen Hand viel, viel höhere Kosten.

Die Staatsregierung zeigt dann immer auf die Kommunen. Ja, es ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Aber bei einem Investitionsstau von inzwischen 65 Millionen Euro bayernweit – das ist eine Erhebung des Deutschen Tierschutzbundes, Landesverband Bayern –, der natürlich nach und nach abgebaut werden müsste, zeigt sich, dass es eben nicht ausreicht, immer nur auf die Kommunen zu zeigen und sich aus der Affäre zu ziehen.

Ich bin sehr gespannt, wie sich die CSU-Fraktion heute verhält; deswegen auch die namentliche Abstimmung. Es hieß ja im Ausschuss, wir hätten wieder Antragsrecycling betrieben. Ich finde das sehr, sehr interessant; denn wir haben uns gefreut, dass der CSU-Landesparteitag unsere langjährigen Forderungen – es sind wirklich lange Jahre, nicht nur Jahre, sondern inzwischen Jahrzehnte – aufgegriffen hat. Ich bin seit 24 Jahren hier und mache fast 24 Jahre Tierschutz. Der Landesparteitag – Ihren eigenen Parteitagsbeschluss können Sie gerne nachlesen – hat nämlich am 17./18. November 2017 einem entsprechenden Antrag zugestimmt. Wir haben ihn, weil es unsere Forderungen sind, nahezu wortwörtlich übernommen. Lesen Sie die Begründung durch.

Dann hieß es im Haushaltsausschuss: Ja, was interessieren uns unsere Parteitagebschlüsse? Wir haben heute schon einmal hier im Hohen Hause erlebt, welches Demokratieverständnis die CSU hat. Aber ich denke, die Delegierten würden schon etwas verdutzt schauen, wenn sie hören, dass Sie sagen: Was interessiert uns hier ein CSU-Landesparteitagsbeschluss? Ein Beschluss des Landesparteitages ist genau zu den Forderungen, die hier aufgeführt sind, ergangen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Ich habe ihn ganz bewusst ein Stück weit aufgegriffen und nahezu abgeschrieben, weil das unsere Forderungen seit vielen, vielen Jahren sind. Ich bin sehr gespannt auf die namentliche Abstimmung.

Wir fordern eine finanzielle Unterstützung des Freistaates Bayern. Ich habe es angeführt: 65 Millionen Euro sind inzwischen aufgelaufen. Wir fordern aber auch eine bayernweit einheitliche gesetzliche Regelung zur Abwicklung der Fundtierpauschale, auch in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden. Das ist lange schon angekündigt. Aber es reicht eben nicht aus, wenn eine Kommune oder derjenige, der die Aufgaben an den Tierschutzverein delegiert, dafür nicht bezahlt. Da reicht es nicht aus, wenn eine Kommune pro Einwohner vielleicht einmal 30, 40 oder 50 Cent bezahlt; damit kann man nämlich die Kosten nicht decken. Der Deutsche Tierschutzbund sagt ganz klar: 1 Euro müsste es mindestens sein, und selbst das wäre noch nicht kostendeckend. Ideal wären 1,50 Euro. Aber so weit geht selbst der Tierschutzbund nicht. In keiner Kommune sind das Riesensummen, und ich denke, mindestens 1 Euro pro Jahr und pro Einwohner kann sich eine Kommune gut leisten, um hier entsprechend voranzugehen. Es bedarf bloß einer klaren, verpflichtenden, einheitlichen bayernweiten Vorgabe. Auch damit wäre den Tierschutzvereinen und den Tierheimen enorm geholfen.

Zum anderen wollen wir eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Behörden im Bereich des Tierschutzes. Da wollen wir Verbesserungen. Ich erinnere ge-

rade an die illegalen Welpentransporte oder Aufgriffe wie den schon zitierten in Amberg mit Tausenden von Tieren. Und es sind nicht wenige Fälle. Gut, das war jetzt extrem. Aber die Anzahl der illegalen Tiertransporte nimmt kontinuierlich zu. Es gibt viel, viel Tierqualen. Oft sind die Behörden vor Ort, die es in dem Moment trifft, einfach überfordert.

Ich kann nur an Sie appellieren: Stimmen Sie Ihrem eigenen Antrag, auf dem CSU-Landesparteitag beschlossen, zu! Stimmen Sie ihm zu und sorgen Sie dafür, dass nicht nur die Tiernutzer wie der Bayerische Bauernverband 2,75 Millionen Euro im Jahr und der Bayerische Jagdverband 835.000 Euro im Jahr bekommen. Der Tierschutz bleibt bei 331.000 Euro hängen. Das ist gerade ausschließlich der Betrag für die wichtige Reptilienauffangstation. Helfen Sie mit, den Tierschutz in Bayern endlich ein Stück weit voranzubringen. Ich würde mich sehr, sehr freuen. Das heute ist, glaube ich, meine letzte Rede hier im Hohen Hause, weil ich nach 24 Jahren aufhöre. Herr Minister, ich appelliere an Sie. Die Tierschützer bauen auf Sie, weil draußen über die finanziellen Hilfen viel diskutiert wird. Wir haben jetzt als Umweltminister wieder einen Veterinärmediziner, der weiß, wovon er spricht. Er kennt die Situation draußen, und er weiß, was es heißt, Tiere zu quälen und Tieren nicht zu helfen: Christlich-Soziale Union und Fachmann, da kann eigentlich nichts mehr schiefgehen. Die Tierschützer bauen auf Sie. Alles Gute.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Wortmeldung für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Flierl. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Flierl (CSU): Danke schön. – Sehr verehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es mir in der Tat einfach machen und den Antrag einfach ablehnen, weil er schlicht aus bereits abgelehnten Anträgen zusammengesetzt ist. Hier werden Teile von Anträgen wiederholt. Aber das, glaube ich, führt uns hier nicht weiter.

Wir wollen das Thema ernsthaft betrachten und uns auch ernsthaft mit ihm auseinandersetzen.

Tierschutz ist auch uns wichtig. Aber uns auch hier im Hohen Haus muss klar sein, dass es nicht möglich und daher sachlich falsch wäre, wenn man einfach einen Aktionsplan schaffen würde und meint, damit den Tierschutz in allen Bereichen und mit allen Beteiligten gewährleisten zu können. Ich denke, Papier ist immer notwendig, Konzepte sind notwendig. Aber ich glaube, allein der Vollzug macht es aus, und ihn brauchen wir auch hier. Es ist eine Schwäche Ihres Antrags, dass einfach auf einen Aktionsplan gesetzt wird. Auch deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Zurufe von der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In diesem Antrag werden zwar sehr wichtige Aspekte, aber auch nur Teilaspekte des Tierschutzes aufgegriffen: die Investitionen in den Tierheimen, die Regelung, wie die kommunale Seite finanziell mit den Fundtieren umgeht, und die personelle und finanzielle Ausstattung der Behörden. Aber das sind, wie gesagt, nur Teilaspekte. Tierschutz ist sicherlich weiter zu fassen: Es geht um Tierschutz in der Nutztierhaltung und Tierschutz außerhalb der Nutztier- und Heimtierhaltung. Ich glaube, das beschäftigt auch dieses Haus und unseren Ausschuss.

(Susann Biedefeld (SPD): Sie kennen doch unsere vielen, vielen Anträge!)

Auch hier müssen wir entsprechend ansetzen, und deswegen ist bereits die Überschrift Ihres Antrags im ersten Halbsatz zu kurz gegriffen.

Wir sind uns der Situation der Tierheime durchaus bewusst. Aber es so darzustellen, als würde man, insbesondere die Bayerische Staatsregierung und der Landtag, nichts tun, ist verfehlt und falsch. Auch wir haben den Tierschutz in seiner ganzen Bandbreite auf der Agenda.

Schauen wir uns die beiden wesentlichen Phänomene im Tierschutz an, zum einen die Frage der Fundtiere: Da müssen wir nun einmal festhalten, dass das eine kommu-

nale Aufgabe ist, dass die Gemeinde im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung für die Unterbringung der Fundtiere zuständig ist. Etwa 30 % der Tiere in Tierheimen sind sogenannte Fundtiere. Wir haben hier den Antrag gestellt, dass die Vollzugshinweise erneuert und aktualisiert werden und dass auch die neueste Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts herangezogen wird, damit zugunsten der Kommunen leichter zwischen Fundtieren und herrenlosen Tieren unterschieden werden kann,

(Susann Biedefeld (SPD): Wir warten seit vielen Jahren!)

damit die Kommunen wissen, woran sie sind. Ich glaube, dass wir in sehr vielen Teilen unseres Landes gute Regelungen zwischen den Gemeinden und den Tierschutzvereinen haben, die Tierheime betreiben.

Manchmal werden – ich glaube, das können wir gar nicht vorgeben – die Beträge pro Einwohner festgelegt. In meinem Heimatlandkreis zum Beispiel schlägt der Tierschutzverein selbst 50 Cent pro Einwohner vor, und alle Kommunen im Landkreis bis auf zwei haben das unterzeichnet und sind damit einverstanden.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

An dieser Stelle müssen wir ansetzen. Darauf fußen viele finanzielle Probleme der Tierheime. Manche Gemeinden schließen keine Pauschalverträge ab und weigern sich zu bezahlen. Manchmal wird es auch hinausgezögert. Zwar gibt es eine Empfehlung des Bayerischen Gemeindetages – sicherlich nicht wegen der Höhe, das habe ich ausgeführt –, aber wir müssen immer weiter darauf drängen, dass diese Empfehlung umgesetzt wird. Sehr viele von uns sind kommunalpolitisch tätig. Diese Verträge sollten auch in unseren Gebietskörperschaften unterzeichnet werden, damit der Unterhalt der Gebäude, aber auch eine ordnungsgemäße Unterbringung der Tiere sichergestellt werden können.

(Beifall bei der CSU)

Darauf müssen wir hinwirken. Ein weiteres Problem sind die angesprochenen Welpentransporte, der grenzüberschreitende Heimtiertransport unter Verstoß gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen. Insbesondere die Grenzregionen sind betroffen. Die Kreisverwaltungsbehörden handeln als Staatsbehörden. Wenn durch die Tierheime eine klare staatliche Aufgabe wahrgenommen wird, muss der Staat die Kosten tragen. Aus einer staatlichen Anordnung folgt eine staatliche Zahlung. Deswegen erneut mein Appell: Nennen Sie Tierheime, die staatliche Aufgaben in diesem Bereich wahrgenommen und vom Staat nicht die Erstattung erhalten haben.

(Susann Biedefeld (SPD): Der Tierschutzbund hat dem Ministerium die Liste schwarz auf weiß geliefert!)

Weiterhin gilt meine Zusage, dass wir dem nachgehen werden. Sie haben Amberg angesprochen. Der Freistaat Bayern finanziert einen Tierschutzpreis, der durch das Umweltministerium vergeben wird. Dem Tierheim Amberg, welches Sie zitiert haben und das durch einen grenzüberschreitenden Tiertransport besonders betroffen war, wurden 10.000 Euro zur Verfügung gestellt.

(Susann Biedefeld (SPD): Wissen Sie, was die Versorgung von 6.000 Tieren kostet?)

Wir unterstützen auch weiterhin die kommunalen Gebietskörperschaften durch die Finanzzuweisung, weil sie staatliche Aufgaben für uns wahrnehmen. Durch die Finanzierung der Kommunen und die staatlichen Aufgaben wird der laufende Betrieb abgedeckt. Wir müssen aber – da haben Sie recht – ein besonderes Augenmerk auf die bauliche Situation legen. Im Rahmen des momentanen Doppelhaushalts sowie im Nachtragshaushaltsentwurf sind für eine Investitionsförderung derzeit keine Mittel vorgesehen.

(Susann Biedefeld (SPD): Seit vielen Jahren kein einziger Cent!)

Ich sage aber bewusst: Derzeit. Gerade für den Doppelhaushalt 2019/2020 müssen wir Lösungen finden, um diejenigen zu unterstützen, die uns bei staatlichen und kommunalen Aufgaben helfen. Das sind beispielsweise Tierschutzvereine. Im Hinblick auf die Sicherstellung des Betriebs des Tierheims sollten wir dies honorieren und fördern. Ich kündige an, dass unsere Fraktion gerne bereit ist, für den kommenden Doppelhaushalt entsprechende Gespräche zu führen und Möglichkeiten zu eruieren.

Ich möchte noch ein paar Worte zur personellen Ausstattung sagen. Nachdem durch die Bayerische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen komplexe Betriebe ausgelagert sind, das Personal aber bei den Veterinärämtern verbleibt, können die Kreisverwaltungsbehörden besser auf die Einhaltung des Tierschutzes achten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend ist die negative Grundeinstellung, die durch den Antrag zum Ausdruck kommt, fehl am Platz. Es wird viel getan. Wir unterstützen den Tierschutz.

(Susann Biedefeld (SPD): Das stimmt überhaupt nicht, und er weiß, dass es nicht stimmt!)

Ihr Antrag ist allerdings nicht zielführend. Ich kündige nochmals ausdrücklich an, dass wir uns im Rahmen des Doppelhaushalts 2019/2020 die Frage der Investitionsförderung neu stellen und über Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung diskutieren werden. Den Antrag lehnen wir aber weiterhin ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Herr Kollege Woerlein hat sich zu einer ersten Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Herbert Woerlein (SPD): Herr Kollege Flierl, ich frage Sie jetzt nicht, warum Sie die Beschlüsse Ihrer Parteitage nicht umsetzen. Das ist das Problem der CSU. Da mischen wir uns gar nicht ein. Ich stelle Ihnen aber ganz konkret drei Fragen. Erste

Frage: Wissen Sie, seit wann die Verwaltungsvorschriften, die Sie zitiert haben, außer Kraft sind? – Die gibt es nämlich gar nicht mehr.

Zweite Frage: Wissen Sie, dass der Tierschutzbund aufgrund unserer hart geführten Diskussionen im Umweltausschuss dem Ministerium in einem Schreiben genau die Fälle mitgeteilt hat, in denen die Tierheime auf den Kosten für die illegalen Welpentransporte sitzengeblieben sind?

Dritte Frage: Auf meine Ausführungen haben Sie damals im Umweltausschuss geantwortet, dass Sie Hilfe zusichern würden. Ich habe damals beispielhaft zwei Tierheime zu Protokoll gegeben, denen wirklich das Wasser bis zum Halse steht. Das sind die Tierheime in Rosenheim und Dachau. Daraufhin haben Sie zugesagt, sich darum zu kümmern. Waren Sie schon einmal dort?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Flierl, bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Vielen Dank, Herr Kollege Woerlein. Wir können gerne auch über die Parteitagsbeschlüsse reden. Als CSU-Kreisvorsitzender ist es mir wichtig, dass die Beschlüsse der Partei angegangen und umgesetzt werden. Das tun wir auch. Das habe ich auch schon angekündigt. Im Rahmen des kommenden Doppelhaushalts werden wir uns gerne darüber unterhalten und Lösungen suchen, wie wir das Spannungsfeld zwischen kommunalen Aufgaben und der Unterstützung bei staatlichen Aufgaben auflösen können.

Ich komme zu Ihren Fragen. Mit einem Antrag der CSU haben wir gefordert, diese Vollzugshinweise zu erneuern. Das war in der Anhörung zum Tierschutz ein großes Anliegen und aller Beteiligten. Selbstverständlich ist uns daran gelegen, dass die aktuellste Rechtsprechung, über die wir morgen übrigens im Ausschuss diskutieren werden, in die Vollzugshinweise eingearbeitet wird. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Vollzugshinweise, die innerhalb kürzester Zeit wieder überarbeitet und erneuert werden müssen, sind nicht zielführend.

(Susann Biedefeld (SPD): Acht Jahre! – Herbert Woerlein (SPD): Aber doch nicht acht Jahre bitte!)

Wir brauchen abgestimmte Vollzugshinweise unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung. Das war eine Initiative unserer Fraktion. Die zuständigen Ministerien – das sind zwei – werden dem nachkommen.

Herr Kollege Woerlein, legen Sie mir doch das Schreiben der Tierheime vor. Wir haben durchaus zugesichert, das im Ausschuss zu diskutieren. Wir wollen jedem einzelnen Fall nachgehen.

(Herbert Woerlein (SPD): Der Tierschutzbund hat dem Ministerium geschrieben!)

– Ich kenne dieses Schreiben nicht. Es wurde auch nicht an mich gerichtet. Ich bin nicht das Ministerium. Legen Sie bitte das Schreiben vor. Dann gehen wir jeden einzelnen Fall durch.

Selbstverständlich habe ich mich gleich nach Ihrer Intervention über die Tierheime Rosenheim und Dachau beim Ministerium erkundigt. Mir wurde mitgeteilt, dass dort keine entsprechenden Erkenntnisse vorliegen. Ich wiederhole es aber erneut: Wenn die Tierheime Rosenheim und Dachau staatliche Aufgaben übernommen, jedoch keine staatlichen Zahlungen erhalten haben, werden wir dem nachgehen. Es geht nicht darum, ob ein Tierheim finanziell belastet ist, sondern ob es Aufgaben wahrgenommen hat, für das es nicht alimentiert worden ist. Wir stehen dafür ein, dass diese Alimentierung erfolgt.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Da müssen wir die Rosenheim-Cops einschalten!)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegt eine weitere Meldung für eine Zwischenfrage vor, und zwar von Frau Kollegin Steinberger. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Flierl, Sie haben wortreich versucht, uns zu erklären, dass der Freistaat die Tierheime aktuell unterstützt und sehr viel für den Tierschutz tut. Deshalb habe ich eine ganz einfache Frage, die sich nicht in die Zukunft richtet: Wie unterstützt der Freistaat Bayern heute die Tierheime, abgesehen von dem Tierschutzpreis in Höhe von 10.000 Euro? Mit welchen Summen und in welcher Art unterstützt der Freistaat Bayern heute die Tierheime?

Alexander Flierl (CSU): Liebe Kollegin, zunächst einmal ist der Tierschutzpreis mit 100.000 Euro dotiert. Das Tierheim Amberg hat aufgrund der herausragenden Leistung im Zusammenhang mit dem "Welpentransport" 10.000 Euro bekommen. Überwiegend waren es jedoch weiße Mäuse. Das erwähne ich nur am Rande.

Selbstverständlich unterstützt der Staat die Tierheime. Für die Übernahme staatlicher Aufgaben erhält jede Kreisverwaltungsbehörde entsprechende Finanzausweisungen, die auch im kommunalen Finanzausgleich beinhaltet sind. Der kommunale Finanzausgleich lässt in Bayern nichts zu wünschen übrig. Darüber haben wir in diesem Hohen Haus schon sehr häufig diskutiert. Er kann sich sehen lassen. Selbstverständlich unterstützen wir die Tierheime, wenn sie staatliche Aufgaben wahrnehmen.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Das sind falsche Zahlen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Zierer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist immer wieder eine interessante Diskussion. Einige versuchen, sich herauszureden. Frau Kollegin Biedefeld, Sie sind seit 24 Jahren Mitglied des Landtags; aber heute haben wir erst den 26. Juni und nicht den 24. Dezember. Es ist ein Wunsch, dass vernünftige Anträge der Opposition durchgehen. Da die CSU auf ihrem Parteitag einen entsprechenden Beschluss gefasst hat, hatten wir die Hoffnung, dass es bei diesem Antrag funktionieren würde.

(Susann Biedefeld (SPD): Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Alles Schall und Rauch! Die Position der CSU-Fraktion kann man so beschreiben: Es interessiert uns nicht. Wir machen es nicht. Wir treten die Anträge der Opposition mit Füßen, auch wenn sie noch so vernünftig sind. – Das ist das eigentlich Bedauerliche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Inge Aures (SPD): Nicht mehr lange!)

Ja. – In dem Beschluss wird vieles gefordert, was richtig, was vernünftig ist. Die CSU-Fraktion geht leider Gottes nicht darauf ein.

Wir haben auch im Ausschuss schon oft über die einzelnen Punkte diskutiert. Ich erinnere an die Expertenanhörung. In den Beratungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 wurden über zehn Anträge zu diesem Thema gestellt. Wir haben einen Fonds für Tierschutznotfälle, gegen illegale Welpentransporte und gegen krankhaftes Tiersammeln gefordert. Alles abgelehnt! Wenn die CSU-Fraktion selbst einen entsprechenden Antrag einbringt, hat die Forderung vielleicht Zukunft. Wir werden es aus der Zeitung erfahren, wenn wir nicht mehr in diesem Haus tätig sind.

Investitionszuschüsse für Tierheime sind nach wie vor wichtig. Die Vorschriften sind da. Die Tierschutzvereine sollen sich daran halten, haben aber die Mittel für entsprechende Investitionen nicht. Das ist ein bekanntes Muster in Bayern: Nicht nur beim Tierschutz werden die Ehrenamtlichen im Stich gelassen, sondern auch bei anderen Dingen. Im Stich gelassen werden übrigens auch die Kommunen, die in großen Tierschutznotfällen mit diesem Thema besonders konfrontiert sind. Der einzige Lichtblick ist, dass sich die Staatsregierung nach zähem Widerstand durchgerungen hat, die Auffangstation für Reptilien bei ihrem Neubau zu unterstützen. Jetzt müsste man meinen, das werde sich ändern, nachdem die CSU auf ihrem Parteitag einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Dieser Beschluss ist aber – ich wiederhole es – vielen hier anscheinend egal. Ich kann durchaus verstehen, dass die SPD darauf gehofft hat, der Antrag werde, wenn sie ihn wiederholt einbringe, endlich durchschlagen. Dem ist nicht so.

Wir haben im Ausschuss beschlossen, dass die Vollzugshinweise für die Fundtierkosten erneuert werden. Das war nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts höchste Eisenbahn, wenn wir nicht wollen, dass in Zukunft Hunde und Katzen in den Rathäusern abgeliefert werden müssen.

Zumindest zu den Investitionszuschüssen für Tierheime sollten Sie sich durchringen. Andere Bundesländer machen das. Bayern sei, so heißt es immer, ein Stück voraus. Bayern hinkt hier ganz gewaltig nach!

In Bayern gab es diese Zuschüsse schon einmal; sie wurden wieder abgeschafft. Sie wieder einzuführen wäre der erste und richtige Schritt. Darum stimmen wir aus voller Überzeugung diesem Vorschlag in dem Antrag der SPD-Fraktion zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Steinberger, bitte.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 21. Juni 2018 – das ist also nicht lange her – titelte die "Passauer Neue Presse" Folgendes: "Tierschmuggel: Das Elend nimmt kein Ende". Die Zeitung berichtet über 158 Hunde, die bereits in diesem Jahr bei den Grenzkontrollen aufgegriffen worden sind. – Gut, könnte man sagen, dann werden die Tiere wenigstens anständig versorgt. Zweiter Vorteil: Dann sind die Grenzkontrollen wenigstens einmal für irgendetwas gut gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Das Ganze hat jedoch einen Haken. Denn: Wohin mit den aufgegriffenen Welpen? Erst einmal werden sie beschlagnahmt. Im Anschluss daran kommen sie in ein Tierheim und werden versorgt. Diese Versorgung ist teuer; denn die Tiere sind in der Regel zu jung und nicht geimpft. Oft haben sie zusätzlich Krankheiten, die ansteckend

sind. An dieser Stelle will ich sagen: Die Tierheime leisten auch insoweit großartige Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Hinzu kommt: Sie leisten diese Arbeit in der Regel ehrenamtlich. – Kranke Tiere bedeuten Quarantäne und noch mehr Kosten. Wer kommt denn für diese Kosten auf? Die Tierheime sind ohnehin am Limit, die Veterinärbehörden ebenfalls; denn sie sind zunächst einmal für die Versorgung und Unterbringung zuständig. Im vergangenen Jahr wurden in Passau insgesamt 473 Tiere aufgegriffen.

(Susann Biedefeld (SPD): Nur in Passau!)

– Nur in Passau. – Das Budget für das Veterinäramt in Passau hat sich aus diesem Grund im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr verzehnfacht. Ja, Sie haben richtig gehört: Verzehnfacht!

Kollege Flierl, angesichts der neuen Herausforderungen kann man doch die Landkreise nicht alleine lassen. Wenn Sie auf die neue Kontrollbehörde abzielen, dann sage ich: Das hilft wirklich gar nichts. Sie hat mit dieser Problematik überhaupt nichts zu tun. Im Landkreis Passau sind allein auf die Schmuggeltierversorgung 200.000 Euro entfallen. Sogar das Innenministerium hat einmal ein Einsehen gehabt und hat dem Landkreis Passau eine Entschädigung von 65.000 Euro gezahlt. Immerhin 200.000 Euro waren angefallen, 65.000 Euro wurden erstattet. Das ist natürlich nobel; den Kämmerer freut es auch, zumindest ein wenig. Viel nobler wäre es, wenn es endlich einen Fonds für Härtefälle gäbe, der bei Vorliegen solcher Ausnahmetatbestände eingreifen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen derartigen Fonds haben wir mehrmals gefordert; die CSU-Fraktion hat ihn leider immer abgelehnt. – Es wäre auch hilfreich, wenn der Staat die Tierheime bei den not-

wendigen Investitionen unterstützen würde. Wir haben gerade gehört, welch hohen Investitionsrückstau wir haben, nämlich 65 Millionen Euro.

Zum Glück gibt es unter den Tierheimen sehr große Solidarität. Sie helfen sich gegenseitig, wenn der Platzbedarf zu groß geworden ist. Und das ist auch gut so; denn Solidarität vonseiten der Staatsregierung können sie nicht erwarten, auch nicht vom neuen Ministerpräsidenten, obwohl er doch so viel Geld ausgegeben hat – oder ausgeben möchte. Es ist erstaunlich, dass bei dem großen Söder'schen Geldregen tatsächlich eine Gruppe leer ausging. Lange haben wir gerätselt, welche es sein könnte. Jetzt wissen wir es. Es sind die Tierheime, und das, obwohl es den Parteitagsbeschluss der CSU gibt, der heute schon mehrmals angesprochen worden ist. Aber dieser Beschluss wird von der CSU-Fraktion – heute auch wieder – und der Staatsregierung konsequent ignoriert. Ich verstehe das eigentlich nicht; das gäbe doch so schöne Bilder mit geretteten Hundewelpen. Es ist schon komisch, dass noch keiner von Ihnen darauf gekommen ist. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Noch gäbe es die Gelegenheit, diese Scharte auszuweiten – zum Beispiel jetzt. Denken Sie einmal darüber nach! Wir werden den Antrag der SPD-Fraktion selbstverständlich unterstützen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Staatsregierung darf ich Herrn Staatsminister Dr. Marcel Huber das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tierschutz ist seit 1998 als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert. Deswegen sehen wir es als essenzielle gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, auch insoweit etwas voranzubringen.

Wir sind mit dem Bayerischen Tierschutzpreis seit Jahren hoch erfolgreich unterwegs. Viele Menschen leisten im Bereich des Tierschutzes Enormes – ehrenamtlich, in ihrer Freizeit. In diesem Jahr haben wir die Tierheime herausgegriffen. Wir haben dieses Thema als so besonders wahrgenommen, dass wir heuer das Preisgeld verzehnfacht haben. Wir wollen den Tierheimen wirklich unter die Arme greifen. Ich darf an dieser Stelle daran erinnern, dass die Tierheime in Rosenheim – 10.000 Euro – und Dachau – 20.000 Euro –, die schon erwähnt worden sind, heuer mit bis zu 20.000 Euro bedacht worden sind.

Das Thema Reptilienauffangstation begleitet mich in diesem Parlament seit mehr als 15 Jahren. Die Station ist schon mehrfach zu retten gewesen. Susann, du weißt, dass wir schon öfter eingreifen mussten. Wir sind mit 340.000 Euro jährlich dabei, diese besondere Einrichtung, die es nur einmal in ganz Süddeutschland gibt, zu unterstützen. Auch am Neubau wollen wir uns investiv beteiligen. Daran kann man erkennen, dass wir mit dem Tierschutz wirklich ernst machen.

Die besonderen Härten des illegalen Welpenhandels sind schon thematisiert worden. Ich möchte das, was man den Kreaturen damit antut, wirklich als Verbrechen bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der SPD sowie des Abgeordneten Prof. Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Insbesondere auf die Tierheime in den Grenzlandkreisen sind zusätzliche Aufgaben zugekommen. Sie leisten Erhebliches. Wir helfen durch eine entsprechende Sonderunterstützung, das heißt, wir gewähren den Landkreisen, die besonders betroffen sind, zusätzliche Leistungen.

Das alles ändert aber nichts an der Tatsache, dass Tierheime in den Bereich der kommunalen Aufgaben fallen. Ich könnte es mir leicht machen und sagen, dass wir das ändern. Dann müssen Sie das aber auch auf andere kommunale Aufgaben, die eigentlich ganz klar definiert sind, übertragen. Deswegen ist es nicht so einfach, dass

der Staat diese Dinge übernimmt. Rechtlich ist das Sache der Gemeinden. In vielen Gemeinden ist auch von der Gemeindeführung erkannt worden, dass das Betreiben von Tierheimen eine wichtige Aufgabe ist. Wir empfehlen, dort so zu handeln, dass die Tierheime auskömmlich sind. Wir haben feste Vereinbarungen zwischen Gemeinden und Tierheimen. Es geht um den berühmten Euro, der oftmals gezahlt wird.

(Zuruf von der SPD: Nicht oft!)

Es ist Sache zwischen Gemeinde und Tierheim, das zu vereinbaren. Wenn die Bevölkerung dies so haben will, kann man das auf Gemeindeebene sehr gerne so machen.

Ich halte es für notwendig, auch bei den Gemeinden zu werben, damit sie diese Dinge so wahrnehmen, wie dies von der Verfassung eigentlich vorgesehen ist. Wenn das Einschreiten einer Kreisverwaltungsbehörde notwendig ist, hat ohnehin der Staat zu bezahlen – Kollege Flierl hat es gerade erläutert. Eine staatliche Aufgabe insbesondere in Form einer dauerhaften Investitionsförderung ist einfach nicht vorgesehen.

Ich sage Ihnen aber ganz ehrlich: Ich habe auch viel mit Tierschutzverbänden zu tun. Ich sehe die Not. Wir sind gerade dabei – ich habe dazu im Haus den Auftrag erteilt – zu prüfen, einen anderen Weg zu finden, um die zusätzliche Belastung abzufedern und den Tierheimen in irgendeiner Form behilflich sein und ihnen unter die Arme greifen zu können. Ich könnte mir das über den Umweg der Unterstützung der Kommunen vorstellen. Wir sind aber noch in der Prüfung. Ich bin jetzt seit zehn Wochen im Amt. Wir werden diese Sache verfolgen. Ich bin an dieser Sache dran, aber ich kann heute noch nicht mehr sagen. Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung für die Tierheime. Das ist eine wichtige Sache. An der Regel, dass Tierheime in den Bereich der kommunalen Aufgaben fallen, kann ich heute nichts ändern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Sehr gut!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen

zur Abstimmung. Vonseiten der SPD-Fraktion wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.33 bis 20.38 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Wir geben dann das Ergebnis bekannt.

Ich darf noch das Ergebnis einer vorhergehenden namentlichen Abstimmung bekannt geben, nämlich zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/22855 betreffend "Den Kindern zuliebe – spätere Einschulung ermöglichen!". Mit Ja haben 9 gestimmt. Mit Nein haben 71 gestimmt. Es gab 49 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 10, Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Ruth Müller (SPD) betreffend "Aktionsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen – unsere Tierheime nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken" bekannt geben. Mit Ja haben 42 Abgeordnete und mit Nein 63 Abgeordnete gestimmt. Außerdem gab es zwei Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.06.2018 zu Tagesordnungspunkt 10: Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Ruth Müller SPD; Aktionsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen - unsere Tierheime nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken (Drucksache 17/20700)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar			X
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl			
Fröschl Markus			
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann			
Jörg Oliver			
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			X
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans			
Ritter Florian			
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	42	63	2